

15.01.2020

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3195 vom 29. November 2019
des Abgeordneten Frank Sundermann SPD
Drucksache 17/8025

**„Man soll den Stahl schmieden solange er heiß ist“ – Hat die Landesregierung den
Stahlgipfel ein Jahr später erkalten lassen?**

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Im Sommer 2018 lud das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie und ihr Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart zum großen Stahlgipfel ein. Dabei kamen Vorstände und Betriebsräte führender Unternehmen der Stahlindustrie sowie Vertreter von Gewerkschaften und Verbänden zusammen.

Im Zentrum stand dabei die Vereinbarkeit des industriellen Wettbewerbs mit dem Klimaschutz, auch vor dem Hintergrund der Sicherung einer bezahlbaren Energieversorgung und dem Erhalt von Arbeitsplätzen mit Blick auf die Entwicklungen des weltweiten Freihandels und der Globalisierung.

Als Ergebnis wurden diese Schwerpunkte festgehalten (Zitat):

„(...)

- Internationaler Handel: Angesichts der Strafzölle muss sich die EU als handlungsfähig erweisen und die Stahlindustrie durch Schutzklausel-Maßnahmen (Safeguards) solange schützen, wie Handelsumlenkungen in die EU drohen.
- Energie, Klimaschutz: Beim geplanten Kohleausstieg muss die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie in hohem Maße berücksichtigen. Zudem müssen drohende Mehrkosten durch den CO₂-Emissionsrechtehandel kompensiert werden.
- Forschung und Entwicklung: Um Technologien zur CO₂-armen Stahlerzeugung zu erforschen, zu entwickeln und umzusetzen, setzen sich die Partner bei Bund und EU für eine Förderung von Projekten ein. Mit einer Studie will das Wirtschaftsministerium erkunden, wie die Wertschöpfungsnetzwerke der Stahlindustrie – zum Beispiel auch durch Digitalisierung – gestärkt und weiterentwickelt werden können.

Datum des Originals: 14.01.2020/Ausgegeben: 21.01.2020

- Kreislaufwirtschaft: Nordrhein-Westfalen soll Musterland der Kreislaufwirtschaft werden. Hier gilt es, die Potenziale des Stahls zu heben, etwa beim Ökodesign und der Steigerung der Ressourceneffizienz.
- Allianz der Stahlregionen: Nordrhein-Westfalen setzt sich für eine Allianz der europäischen Stahlregionen ein. Das Wirtschaftsministerium wird dazu im Herbst Vertreter aus Deutschland und Europa zum Thema „Forschung und Innovation beim Stahl“ nach Brüssel einladen.“¹

Dennoch bestehen viele Herausforderungen für die Stahlindustrie mit Standort in NRW. So rechnet etwa das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung wegen der schwachen Konjunktur in dessen jüngsten Stahlbericht mit dem Abbau von rund 1.500 der 90.000 Stellen in der Stahlproduktion.²

Im Ergebnis des Stahltreffens vor wenigen Wochen verkündete Ministerpräsident Laschet, man werde entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, um den Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Perspektiven zu schaffen. „Dazu arbeiten wir gemeinsam mit den Sozialpartnern und der Wissenschaft an besten Lösungen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung und eine innovative klimafreundliche Transformation der Industrie.“³

Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie hat die Kleine Anfrage 3195 mit Schreiben vom 14. Januar 2020 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen, dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales und der Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz beantwortet.

1. ***Welche der angekündigten und vereinbarten Maßnahmen sind nach dem Stahlgipfel durch die Landesregierung eingeleitet oder sogar umgesetzt worden? (Bitte Auflistung aller Maßnahmen und Initiativen mit Sachstand sowie die dafür ausgegebenen Landesmittel)***

Internationaler Handel

Im Hinblick auf die nicht ausreichende Wirksamkeit der von der EU zum 1. Februar 2019 in Kraft gesetzten EU-Schutzklauselmaßnahmen (Safeguards) ist die Landesregierung gemeinsam mit den Bundesländern mit Stahlbezug im Juni 2019 an die Bundesregierung herangetreten, um sie zu bitten, sich bei der Europäischen Kommission für eine rasche Überprüfung der getroffenen Maßnahmen einzusetzen. Die im Anschluss vorgenommene Überprüfung durch die EU führte zumindest zu einer teilweisen Entlastung der Stahlindustrie.

Energie, Klimaschutz

Nordrhein-Westfalen hat als Energie- und Industrieland ein besonders starkes Interesse an einem verlässlichen und international wettbewerbsfähigen energiewirtschaftlichen Rahmen. Denn die industriellen Wertschöpfungsketten bilden die Basis für Wohlstand in unserem Land. Nordrhein-Westfalen kann jedoch nur führendes Industrieland auch für energieintensive Industrien bleiben, wenn die sichere Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen und bezahlbaren Preisen langfristig gewährleistet bleibt. Die Landesregierung hat hierzu noch vor der Sommerpause ihre Energieversorgungsstrategie NRW veröffentlicht und im Landtag vorge-

¹ Vgl. <https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/stahlgipfel-nordrhein-westfalen-mit-unternehmen-betriebsraeten-verbaenden-und>

² Vgl. https://www.wz.de/nrw/industrieffaute-bedroht-arbeitsplaetze-in-der-stahlindustrie_aid-46722637

³ Vgl. Pressemitteilung der Landesregierung vom 11. November 2019 www.wirtschaft.nrw/pressemitteilung/stahltreffen-nrw-2019

stellt. Sie enthält eine Vielzahl von Maßnahmen und Forderungen, um eine sichere, bezahlbare und klimaverträgliche Energieversorgung zu gewährleisten und somit u.a. die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie durch Entlastungen beim Strompreis zu stärken. Hierzu gehört eine möglichst vollständige Strompreiskompensation, eine Entlastung bei den Übertragungsnetzentgelten und der EEG-Umlage sowie eine Senkung der Stromsteuer. Darüber hinaus werden Entlastungen energieintensiver Unternehmen von Strompreissteigerungen gefordert, die durch die politisch beschleunigte Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung entstehen.

Im Zusammenhang mit dem EU-Emissionshandel standen in jüngster Vergangenheit und stehen noch aktuell die Regelung zur kostenlosen Zuteilung von Zertifikaten für abgepackelte Kuppelgase und die adäquate Ausgestaltung der Beihilferichtlinien zur Strompreiskompensation für emissionshandelsbedingte mittelbare Belastungen an. In mehreren Briefen an die Entscheidungsträger in Brüssel und Berlin habe ich die diesbezügliche Position des Landes zum Ausdruck gebracht. Auf Initiative der Landesregierung wurde darüber hinaus gemeinsam mit den Wirtschaftsministerien der Nationalen Stahlallianz in Briefen an Frau Bundesministerin Schulze, Herrn Bundesminister Altmaier und Herrn Kommissar Oettinger auf die Bedeutung adäquater europäischer Regelungen für die Zukunft der Stahlindustrie hingewiesen. Kommissar Oettinger sowie Kommissarin Vestager haben auf das Schreiben im September 2019 geantwortet, dass die dargestellten Aspekte berücksichtigt und im Rahmen des Überarbeitungsprozesses insbesondere auch verschiedene Optionen zur Beihilfeintensität untersucht werden.

Kreislaufwirtschaft

Die anstehende Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist auch für die deutsche Stahlindustrie von großer Bedeutung. Hierzu hat das Bundesumweltministerium am 6. August 2019 den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht veröffentlicht. Die Novellierung zielt insgesamt auf mehr Ökodesign und Ressourceneffizienz ab und wird einen neuen Rahmen für eine optimierte Produktion, recyclingfähige Werkstoffe und Produkte setzen. Im Rahmen der Verbändeanhörung hat sich insbesondere der DIHK mit einigen Kritikpunkten eingebracht. Das Ministerium für Wirtschaft, Digitalisierung, Innovation und Energie unterstützt fachlich die nachstehenden Eckpunkte:

- Die Chancengleichheit von kommunalen und privaten Unternehmen im Wettbewerb um die Sammlung von Wertstoffen sollte nicht eingeschränkt werden. Eingriffe in die gewerblichen Sammlungen oder Sammlungen im Rahmen der Produktverantwortung sollten deshalb vermieden werden.
- Zum Erreichen der Ziele für mehr Recycling und Produktverantwortung sollte freiwilligen und marktwirtschaftlichen Instrumenten der Vorrang gegenüber ordnungsrechtlichen Vorgaben eingeräumt werden.
- Insbesondere ordnungsrechtliche Vorfestlegungen auf Obhutspflichten, Rezyklateinsatzquoten für bestimmte Produkte und die Finanzierung kommunaler Reinigungsleistungen sollten in dieser Form deshalb nicht gesetzlich normiert werden.

-
Ein Gesetzesentwurf der Bundesregierung ist nach Ankündigung des Bundesumweltministeriums im Februar 2020 vorgesehen.

Allianz der Europäischen Stahlregionen

Um die Bildung einer europäischen Allianz der Stahlregionen voranzubringen hat das Ministerium für Wirtschaft, Digitalisierung, Innovation und Energie Leitlinien für die künftige Zusammenarbeit erstellt, welche zunächst mit den Wirtschaftsministerien der Mitgliedsländer der Na-

tionalen Stahlallianz bis Ende 2019 abgestimmt werden. Im 1. Quartal 2020 soll dieses Grundsatzzprogramm den europäischen Nachbarregionen vorgestellt und um Beitritt geworben werden.

Forschung und Entwicklung

Am 25. Februar 2019 hatte ich die Stellv. Generaldirektorin der Europäischen Kommission, Frau Signe Ratsö, die Wirtschaftsvereinigung Stahl, die IG Metall und mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der deutschen Stahlindustrie und aus Forschungseinrichtungen zu einem „Workshop Research and Development Steel“ in die Landesvertretung in Brüssel eingeladen. Ebenfalls waren Vertreter aus europäischen Regionen mit Stahlstandorten anwesend. Hauptgegenstand der Veranstaltung war das EU-Forschungsprogramm Horizon Europe, welches für den Zeitraum 2021 - 2027 mit einem Volumen von bis zu 100 Mrd. EUR ausgestattet werden soll. Es wurde verabredet, dass rechtzeitig vor der endgültigen Verabschiedung des Programms gemeinsame Projektvorschläge seitens der Stahlindustrie vorbereitet werden sollen, die dann zur Förderung durch die EU angemeldet werden müssen.

2. Welche Maßnahmen und Initiativen hat die Landesregierung über die Ergebnisse des Stahlgipfels hinaus eingeleitet oder sogar umgesetzt? (Bitte Auflistung aller Maßnahmen und Initiativen mit Sachstand sowie die dafür ausgegebenen Landesmittel)

Am 11. November 2019 hatte ich die Vertreter der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie, die IG Metall, Betriebsräte, Vertreter von Verbänden und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag und dem Landtag Nordrhein-Westfalen zu einem Stahltreffen NRW 2019 eingeladen, um die aktuelle Situation der Branche vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Konjunktur zu erörtern und neue Lösungsansätze angesichts der Entwicklungen auf dem Weltstahlhandel und der sich verschärfenden Situation im Bereich der Europäischen Energie- und Klimapolitik zu entwickeln. Hierzu habe ich im Rahmen der anschließenden Pressekonferenz bereits einige Maßnahmen angekündigt, über die ich u.a. auch am Rande der COP 25 in Madrid mit dem Präsidenten der EIB gesprochen habe. Weitere Gespräche hierzu wurden für Ende Januar 2020 verabredet. Mein Haus wird zu dieser Thematik im 1. Quartal 2020 entsprechende Vorschläge erarbeiten. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Beantwortung zu Frage 4.

Die Ministerpräsidenten der Länder haben auf ihrer Jahreskonferenz vom 23. – 25. Oktober in Elmau einen umfangreichen Beschluss mit dem Titel „Soziale und klimafreundliche deutsche Stahlproduktion sichern – Verlagerung in Staaten mit niedrigeren Standards verhindern“ gefasst. Mit diesem Beschluss haben sich die Regierungschefs der Länder mit Nachdruck zur Stahlindustrie in Deutschland mit ihren 85.000 direkten Arbeitsplätzen und deren Einbindung in die industriellen Wertschöpfungs- und Beschäftigungsketten bekannt und einen Forderungskatalog gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Kommission aufgestellt.

- 3. Wie wird die Landesregierung die Stahlindustrie in NRW mit Blick auf eine zu erwartende Rezession unterstützen?**
- 4. Wie will die Landesregierung den im Stahltreffen vom 11.1.2019 vorgesehenen politischen Forderungen Nachdruck verleihen (Bundesratsinitiativen, eigene Gesetzgebung, Haushaltsmittel/Förderprojekte, Studien, Lobbyveranstaltungen- und Gespräche in Berlin etc.) etwa bei den Forderungen nach einem CO₂-Grenzausgleich oder dem Ausbau der erneuerbaren Energien in NRW?**

Wegen des sachlichen Zusammenhangs werden die Fragen 3 und 4 zusammen beantwortet.

Für das Jahr 2020 erwartet die Landesregierung insgesamt keine Rezession, sondern sieht zumindest für die Gesamtwirtschaft ein Wachstum bei leichter Verbesserung zum Vorjahr. Das gilt allerdings noch nicht für die Industrie, deren Konjunktur weiterhin noch angespannt verläuft. Hier gilt es insgesamt für bessere Rahmenbedingungen auf europäischer, nationaler und Landesebene zu sorgen. Wir setzen uns hier insbesondere für die weitere Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren und bessere Anreize für Investitionen in die klimaneutrale Produktion von morgen ein.

Die Energieversorgungsstrategie NRW enthält Ziele und Maßnahmen für einen ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren Energien und einen daran ausgerichteten bedarfsgerechten und systemdienlichen Netzausbau. Für diese Maßnahmen setzt sich die Landesregierung gegenüber Bund und EU ein. In Ansätzen befinden sich die dargestellten Maßnahmen bereits im Rahmen des Klimaschutzpaketes 2030 in der Umsetzung. Es wird erwartet, dass weitere dieser Maßnahmen durch die gesetzlichen Regelungen zum Kohleausstieg umgesetzt werden. Die Landesregierung wird diesen Prozess aktiv begleiten.

Im Hinblick auf die Strompreiskompensation wird die Landesregierung ihre Position weiterhin in den noch nicht abgeschlossenen Rechtssetzungsprozess einbringen, um für die energieintensive Industrie Rahmenbedingungen zu erreichen, die den im globalen Wettbewerb unterschiedlichen Belastungen Rechnungen tragen.

Die Landesregierung sieht in der von der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ins Gespräch gebrachten Grenzausgleichsabgabe eine langfristige, diskussionswürdige Option zur Sicherung fairer Marktbedingungen für die europäische Industrie bei steigenden CO₂-Preisen in Europa. Hinzuweisen ist neben der Langfristigkeit der Perspektive auch auf die erheblichen noch zu lösenden Probleme der Berechnung des Treibhausgasinhalts von Importen bei immer komplexer werdenden globalen Wertschöpfungsketten und die Gefahr der Verschärfung von internationalen Handelskonflikten. Eine Grenzausgleichsabgabe wird derzeit in nicht unerheblichen Teilen der betroffenen Industrie kritisch gesehen. Die Landesregierung nimmt an dem notwendigen Dialog- und Diskussionsprozess teil und wird darin auch unter der Perspektive des Erhalts energieintensiver Wertschöpfungsketten auch zukünftig eine aktive Rolle einnehmen.

Bei den von der EU erlassenen Schutzklauselmaßnahmen (Safeguards) konzentrierte sich die letzte Revision auf den Zeitraum bis Juni 2019. Seitdem hat sich die Situation in Deutschland und Europa nochmals verschärft. Hierfür sind in erster Linie die vor allem in Deutschland eingetrübte Stahlkonjunktur, der Rückgang der Importmengen in der EU und die Nichtausschöpfung der Zollkontingente verantwortlich. Die Landesregierung beabsichtigt daher, gemeinsam mit den in der Nationalen Stahlallianz zusammengeschlossenen Bundesländern, erneut an die Bundesregierung mit der Forderung nach einer weiteren dringend erforderlichen Überprüfung der Safeguards heranzutreten.

Neben der Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise und eines level playing fields für die Stahlindustrie sieht das Land Nordrhein-Westfalen aber vor dem Hintergrund des Klimaschutzes auch die dringende Notwendigkeit, die Stahlindustrie in Richtung klimaneutrale Produktion weiterzuentwickeln. Diesen Transformationsprozess der Stahlindustrie sowie anderer energieintensiver Industriezweige und ihrer dafür benötigten Rahmenbedingungen (pol. Instrumente, gesellschaftliche Akzeptanz, Infrastrukturbedarf etc.) unterstützt die Landesregierung mit der im Jahr 2018 gestarteten Landesinitiative IN4climate.NRW. In der Initiative arbeiten Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an Strategien und Lösungen, wie dieser Veränderungsprozess der Industrie schnellstmöglich realisiert werden

kann, um einen Beitrag zum Pariser Klimaabkommen zu leisten und den Industriestandort Nordrhein-Westfalen sowie die daran hängenden Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land zu halten. Im Rahmen von IN4climate.NRW hat die Landesregierung im April 2019 z. B. auch ein Klimaschutzvorhaben zur Reduktion von CO₂-Emissionen bei der Stahlherstellung (1. Projektphase) mit 1,6 Millionen EUR gefördert. Projektpartner sind thyssenkrupp Steel, Air Liquide und das Stahlforschungsinstitut BFI.

5. Wann plant die Landesregierung die Organisation des nächsten Nationalen Stahlgipfels?

Die Ausrichtung des nächsten Nationalen Stahlgipfels ist eine gemeinsame Entscheidung der elf Bundesländer, die sich zur Nationalen Stahlallianz zusammengeschlossen haben. Die genauen Koordinaten werden in Abstimmung mit den elf Ländern zeitnah festgelegt werden.